

Aufwind

Der DPS-Rundbrief

Nr.08

Juni 2003

Die DPS im Tandem mit den Grünen

In unserer letzten Nummer haben wir über die Bemühungen der Grünen, der italienischen Linksdemokraten (DS) und der Demokratischen Partei Südtirol (DPS) berichtet, eine gemeinsame Liste für die heurigen Landtagswahlen zu bilden. Dieser Versuch ist nur teilweise gelungen.

Die DS haben sich schon im Jänner d.J. dafür entschieden getrennte Wege zu gehen.

Die gute Nachricht ist, dass Grüne und DPS definitiv beschlossen haben, auch ohne Beteiligung der DS eine gemeinsame Liste zu bilden. Es besteht außerdem noch die Möglichkeit, dass auch die „Lista Di Pietro“ mit von der Partie ist. Entsprechende Verhandlungen sind noch im Gang. Ein solcher Zuwachs wäre ein echter

Gewinn, weil auf diese Weise die durch den Ausschluss von Frau Zendron entstandene Lücke geschlossen werden könnte.

Über die Gestaltung des gemeinsamen Listenzeichens ist man sich schon weitgehend einig. Die Reihung der KandidatInnen der DPS auf der gemeinsamen Liste (eine Listenverbindung ist aufgrund des geltenden Wahlrechts nicht möglich) sieht so aus, dass **unser erster Kandidat, Arch. Roland Girardi, aus Sarnthein,** im

Spitzenfeld der ersten vier aufscheint, während **die restlichen ca. acht Kandidaten** eigens gekennzeichnet als **geschlossener Block**, beginnend vom Platz 10 an, platziert werden.

Auf diese Weise wird sichtbar gemacht, dass die DPS eine eigene Gruppierung darstellt, die innerhalb des gemeinsamen Wahlprogramms der Liste besondere politische Akzente setzt.

Wir sind uns mit den Grünen in den wesentlichen programmatischen Aussagen einig, wie aus den folgenden Punkten

hervorgeht:

- Bekenntnis zu einem Sprachgruppen übergreifenden politischen Handeln
- Nach 30 Jahren ist es Zeit, das Autonomiestatut in manchen Punkten den veränderten Bedingungen anzupassen
- Unter der SVP haben sich die Umweltsituation und damit die Lebensqualität der Bevölkerung erheblich verschlechtert: es besteht ein wesentlich erhöhter Handlungsbedarf
- Förderung der Mehrsprachigkeit, u.a. durch die Intensivierung und Verbesserung des Sprachunterrichts und die Zulassung von mehrsprachigen Schulen, falls die Eltern es wünschen
- Demokratiereform, mehr Teilhabe der BürgerInnen am öffentlichen Leben sowie gesetzliche Maßnahmen zur Sicherung der Medienfreiheit und -vielfalt
- Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandortes Südtirol u.a. durch Verbesserung der Berufsbildung und gezielte Förderung von Innovation und Forschung; Abkehr vom Gießkannenprinzip
- Zukunftssicherung der Landwirtschaft durch Reform des Förderungswesens mit dem Ziel der Stärkung der unternehmerischen Eigeninitiative der Bauern und der



Dr. Arch. Roland Girardi

Förderung einer nachhaltigen und naturgerechten Produktion und einer engeren Zusammenarbeit mit Handel und Fremdenverkehr bei der lokalen Vermarktung

- Die stark wachsende Zersiedlung des ländlichen Raumes muss durch Einführung strenger Raumentwicklungsrichtlinien gestoppt und der Bauspekulation Einhalt geboten werden.

Zusätzlich zu diesen oben erwähnten Punkten legen wir von der **DPS** besonderen Wert auf folgende Inhalte:

- Betonung der Grundsatzwerte in Gesellschaft und Politik, Stärkung der Freiheit des einzelnen Individuums
- Reform der Institutionen (öffentl. Verwaltung und Verbände) und des Sozialstaates durch:
 - Abbau der ausufernden Bürokratie in der öffentlichen Verwaltung und in den Verbänden,
 - Abbau der Überreglementierung und der Verschwendung,
 - Abkehr vom Prinzip der totalen Versorgung und des damit verbundenen Missbrauchs und des Mangels an Bedarfsgerechtigkeit sowie Einführung von mehr Eigenverantwortung der BürgerInnen
- Tiefgreifende Reform der Förderungspolitik des Landes in allen Bereichen
- Das Recht auf Unterricht in der eigenen Muttersprache ist unantastbar! Damit in stark gemischt-sprachigen Gebieten dieses Recht nicht verwässert wird, muss den Eltern das Recht auf eine mehrsprachige Schule eingeräumt werden, wenn genügend Nachfrage besteht; nur so können „gemischt-sprachige“ Schulen vermieden werden.
- Eigenständige Familienförderung des Landes durch Einführung eines ergänzenden Landeskindergeldes
- Neuorientierung der Wohnungsförderung u.a. auch durch den Bau von mehr Mietwohnungen
- Rückzug der Öffentlichen Hand aus der Wirtschaftstätigkeit, ausgenommen die Führung von strategisch wichtigen Ressourcen wie

z.B. Wasser und Energie

- Die Umweltpolitik muss langfristig ökonomisch sinnvoll sein.

Die obigen Reformvorschläge gehen von der Tatsache aus, dass es weiten Teilen der Bevölkerung keineswegs mehr so gut geht, wie immer wieder behauptet wird. Die Einkommen zahlreicher Arbeitnehmer und kleiner Selbständiger stagnieren seit Jahren, während die Lebenshaltungskosten und die Steuern und Abgaben merklich gestiegen sind, sodass die verfügbare Kaufkraft per Saldo gesunken ist. Der Trend zeigt weiter nach unten, da das Land, die Gemeinden und andere öffentliche Einrichtungen die Steuern und Abgaben weiterhin anheben werden.

Eine Wende kann nur durch einschneidende Ausgabenkürzungen der öffentlichen Körperschaften erreicht werden, wodurch die BürgerInnen und die Wirtschaft nachhaltig entlastet werden können. Gleichzeitig muss die Wirtschaftsentwicklung mit zukunftsfähigen Konzepten auf der Grundlage gezielter Prioritäten gefördert werden, anstelle des bisher praktizierten Gießkannenmodells.

Auf diese Weise sollen die Arbeitsplätze der Zukunft gesichert und verbessert und damit die Wertschöpfung im Lande und die Einkommen der Beschäftigten erhöht werden.

Durch eine merkliche Abspeckung der aufgeblähten Bürokratie und Einsparungen bei den Investitionen durch die Einführung von verbindlichen Kosten/Nutzenanalysen (u.a. Abkehr von den Protzbauten und sonstigen überdimensionierten Anschaffungen) sowie einer radikalen Neuorientierung der Förderungspolitik (siehe oben), können jene Einsparungen erzielt werden, die notwendig sind, um neue Aufgaben zu finanzieren und eine ausreichende soziale Absicherung der wirklich Bedürftigen zu garantieren. Alle jene, die in der Lage sind, sich selbst zu helfen, brauchen keine Landeszuschüsse, sondern eine nachhaltige Entlastung vom Steuer- und Abgabendruck und gegebenenfalls befristete Anreize zur Selbsthilfe. Dasselbe Prinzip gilt auch für die Wirtschaftsförderung.

Karl Berger
kd.berger@dnet.it

SVP und Familienpolitik

Vor ein paar Wochen fand im Fernsehen der RAI-Sender Bozen ein Gespräch „Am runden Tisch“ über die Familienpolitik in Südtirol statt. Dabei hat die Aussage von Frau Lobis überrascht, in Südtirol hätte sich letzthin in der Familienpolitik einiges zum Besseren gewendet.

Bei allem Respekt für die dutzende Mutter vom Ritten, die Realität der Südtiroler Familien ist eine andere. Ein Beispiel: Eine mittelständische Familie (1 Vollzeit-, 1 Teilzeitarbeit) mit 3 Kindern von 2 bis 8 Jahren und einem jährlichen Bruttoeinkommen von ca. 40.000 Euro, erhält ein Familiengeld von monatlich 80 (achtzig) Euro – ein Witz! Damit bezahlt sie gerade mal die Kindergartengebühr für ein Kind!

Ganz anders z.B. in Deutschland: Dort gibt es für das erste bis dritte Kind 154 Euro, macht bei 3 Kindern 462 Euro, also fast das 6fache.

Die DPS wird sich deshalb dafür einsetzen, dass das Kindergeld angemessen erhöht wird; die nötigen Finanzmittel können z.B. dem Topf der derzeit undifferenziert an die Wirtschaft verteilten Gelder (Gießkannensystem und Vetternwirtschaft) entnommen werden.

Diese Maßnahme wäre nicht nur sozial zwingend, sondern käme letzten Endes auch der Wirtschaft zugute: Dadurch würde nämlich die Kaufkraft der Familien gestärkt, und mittelfristig die Anzahl der Kunden erhalten wenn nicht erhöht.

Übrigens: Die SVP erklärt sich auf ihrer Homepage familienfreundlich, wobei deren Politik helfe „die Entfaltung des Kindes zu sichern“; dies ist wohl wörtlich und so zu verstehen, dass man sich heute in Südtirol höchstens 1 Kind leisten kann.

Irak + Demokratie

Hat sich die Welt verändert? Oder sind wir nur ins Mittelalter zurückgekehrt?

Durch den Irakkrieg haben sich zumindest jene Parameter verändert, die seit dem 2. Weltkrieg in Europa und wohl auch in den meisten zivilisierten Ländern der Erde gegolten haben:

Konflikte sind durch Verhandlungen zu lösen, Diktatoren sind zwar gegen unsere ethischen Grundsätze, aber sie können nicht einfach durch Brachialgewalt entfernt werden.

Jetzt ist es anders. Wir haben ein einziges Land in der Welt, das die Macht besitzt, jederzeit und überall mit militärischer Gewalt in ein Land einzugreifen. Die USA sind ohne Gegenspieler und das wissen sie. Sie setzen diese Macht auch eiskalt ein.

Was hat das alles mit Südtirol zu tun? mit der DPS? Direkt wenig, aber indirekt sehr viel: Wir als DPS treten für friedliche Konfliktlösungen ein und lehnen den präpotenten Einmarsch – den Präventivkrieg als Mittel der „Friedenserhaltung“ ab. Wir sind nach dem Ende dieses schmutzigen Angriffskrieges mehr denn je überzeugt, dass es nicht um Befreiung des irakischen Volkes ging, nicht um eine neu einzuführende Demokratie, nein: Es ging ausschließlich ums Öl. Denn was hat sonst das Ölministerium mit Demokratie zu tun? Es war aber das einzige Ministerium, das nicht bombardiert wurde!! So wichtig ist es für die Demokratie?!

Wir haben in Südtirol auch Kräfte, die auf der Seite der kriegsführenden Nationen stehen: Es sind dies die Forza Italia, die AN aber auch jene SVP Politiker, die sich mit aller Kraft an Forza Italia anbieten. Berlusconi war eines der drei „B“: Bush-Blair-Berlusconi.

Wir möchten, dass weltpolitische Entscheidungen am grünen Tisch fallen und nicht im Krieg. Treten wir dafür ein, dass jene Kräfte gewinnen, die sich dieser Meinung anschließen.

Sigmund Kripp
sigmund.kripp@stachlburg.com

Was haben Pardeller, Pürgstaller und Unterberger in der SVP zu suchen ?

Sie haben in der letzten Zeit in verstärktem Maße Kritik an den Zuständen in Südtirol geäußert, sei es am zunehmenden Kaufkraftverlust weiter Teile der Bevölkerung oder an der Verschwendung durch die Öffentliche Hand, sei es an der Gesundheitspolitik des Landes und der mangelnden Gleichbehandlung der Frauen. Haben sie noch immer nicht begriffen, dass wer gegen die Missstände im Lande wirksam ankämpfen will, in der SVP bei der falschen Mannschaft spielt? Die SVP ist im Wesentlichen für den undurchdringlichen Filz zwischen Partei, Landesregierung, Bürokratie, Verbänden und Medien verantwortlich, welche den Großteil der Missstände und Ungerechtigkeiten im Lande seit Jahren verursachen oder zulassen. Wer ehrlich dagegen ankämpfen will, muss gegen die Verursacher angehen und nicht mit ihnen gemeinsame Sache machen! Das heißt, um beim Fußball zu bleiben, die SVP kann man nur bekämpfen oder bezwingen, wenn man in der gegnerischen Mannschaft spielt.



Mit anderen Worten: „Ohne starke Opposition gibt es keine Demokratie“

Wer mir jetzt den autonomiepolitischen Ausnahmezustand vorhält, der argumentiert mit Schnee von gestern. Die Bedrohung durch Rom ist auch unter Berlusconi und Fini wesentlich geringer als die Nachteile einer nicht existierenden Demokratie in Südtirol. Die Zeit ist reif einzusehen, dass die größte Bedrohung unserer Gesellschaft und damit der Südtiroler nicht mehr von außen, sondern von innen kommt. Es liegt daher im höchsten Eigeninteresse der Südtiroler, wenn sie vom Alleinvertretungsanspruch der SVP abrücken und für eine echte politische Vielfalt in ihren Reihen sorgen. Die kommenden Landtagswahlen sind die beste Gelegenheit dafür, die Opposition erheblich zu stärken. Dazu bedarf es aber eines Signals von Seiten namhafter Exponenten der kritischen Kräfte im Lande, wie eben Pardeller, Pürgstaller, Frau Unterberger u.a., indem sie sich für die Opposition entscheiden.

Viele Menschen wollen einen starken Herrscher, der ihnen den Weg weist und ihre Probleme löst. Trügerische Illusion: es gibt keinen anderen Herrscher als die Vernunft; Sie allein führt uns Tag und Nacht!"

Nach *Amin Maalouf* (Libanesischer Schriftsteller)

Wenn auch unser Kampf gegen das Unrecht manchmal keinen (oder nur einen späten) Erfolg bringt, darf uns das nicht davon abbringen, für das einzutreten, was unserer ehrlichen Überzeugung nach den höchsten Interessen unserer Gesellschaft dient."

Susan Sontag (amerik. Schriftstellerin und Gesellschaftskritikerin)

Heute unterschreiben morgen mitentscheiden

Bis Mitte September können die Südtiroler Bürgerinnen und Bürger das Volksbegehren zur Regelung der Direkten Demokratie in Südtirol mit ihrer Unterschrift unterstützen. Mit dem Gesetzentwurf will die *Initiative für mehr Demokratie* eine bürgerfreundliche Regelung der direkten politischen Mitbestimmung der Bürger auf Landesebene erreichen. Die Regelung hat das reformierte Autonomiestatut zur Grundlage und orientiert sich am bewährten Schweizer Modell. Eingeführt werden soll das Instrument des **Referendums** zur präventiven Kontrolle der Landesgesetzgebung und der Beschlüsse der Landesregierung, die von Landesinteresse sind sowie das Instrument der **Volksinitiative**, mit dem organisierte Bürger selbst einen Entwurf für ein Gesetz oder einen Verwaltungsakt ausarbeiten und diesen der Südtiroler Bevölkerung zur Abstimmung vorlegen können.



Über 30 Südtiroler Organisationen unterstützen jetzt schon dieses überparteiliche Anliegen. Wenn das Volksbegehren innerhalb September von mindestens 2000 Unterschriften unterstützt wird, dann muss der im November neu zu wählende Landtag diesen Vorschlag behandeln.

Unterschriften werden kann gegen Vorlage des Personalausweises im Sekretariat der Wohnsitzgemeinde. Ein kleiner Schritt für Sie, ein großer für unser Land.

Informationen bei: Initiative für mehr Demokratie

Koordinierungsbüro: Silbergasse 15, BOZEN

Tel. 0471/324987 info@dirdemdi.org, www.dirdemdi.org

SPENDENAUFBRUF!

IMPRESSUM

Eigentümer:

Demokratische Partei Südtirol,
Partschins, P.Mitterhoferstrasse 2

Herausgeber: Dr.Karl Berger,
Bozen, Max Valier Strasse 18

Layout: Dr. Roland Girardi
Sarnthein, Burgfrieden 20

Presserechtlich verantwortlich:
Wolfgang Mayr, Eppan

Druck: INGRAF- Auer

Da die Herausgabe des AUFWIND und die Errichtung einer INTERNET-Seite Geld kostet, erlauben wir uns, liebe **LeserInnen**, um eine **Spende** zu bitten. Gleichzeitig ersuchen wir die **Mitglieder** auch um die Zahlung des **Jahresbeitrages** von

€ 30

Kto: 1.700 Südt.Sparkasse
ABI 6045 CAB 11601

Setzen, Gatterer, ungenügend!

Da setzt sich ein gescheiter Mensch hin und schreibt ein paar Essays, die dann als Buch erscheinen. „Augenhöhen“ heißt es, von Armin Gatterer geschrieben und vom Dienstherrn Bruno Hosp als herausragendes Werk gelobt. Kritische Bemerkungen sollen drin sein, hört man, eine Art Abrechnung mit dem System Südtirol.

Endlich einer, der die Dinge beim Namen nennt!, hofft das Querulantenherz und kauft das magere Büchlein.

Ein paar Seiten später ist es klar: Kritik gibt's nur in homöopathischen Dosen, immer mit der Relativierung der besonderen Südtiroler Situation abgeschwächt. Gatterer wird nie konkret, schreibt beispielsweise über die besondere Verantwortung der Athesia in Bezug auf ihr Machtmittel „Dolomiten“ und lässt offen, ob das Südtiroler Verlagshaus der Verantwortung gerecht wird oder nicht. Seite auf Seite folgen Banalitäten und Gemeinplätze und der letzte Abschnitt des Büchleins ist dann unter dem Deckmantel kulturpolitischer Überlegungen ein etwas langatmiges Bewerbungsschreiben, mit dem sich Gatterer selbst beim Nachfolger oder der Nachfolgerin von Bruno Hosp empfiehlt.

Eine verpasste Gelegenheit. Gatterer hätte die „Augenhöhe“. Aber hinter den Augen sitzt bekanntlich der filternde Verstand und der wird sich in diesem spezifischen Fall mehr mit der irgendwann erhofften Pensionierung beschäftigt haben, als mit der Zukunft Südtirols.

Lieber etwas aus dem Bauch!

Freuen wir uns auf das soeben beim Folio-Verlag erschienene Buch von Hans Karl Peterlini. „Wir Kinder der Südtirol-Autonomie“, heißt es und der ganz und gar unpräzise Beobachter Hans Karl Peterlini beschreibt darin Südtiroler Werdegänge und Wegkreuzungen. Ohne intellektuellen Anspruch, aber einfach treffend geschrieben. Unbedingt lesen!